

Ä42 zu D1: Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen (in Absprache mit Antragsstellers an Parteirat verwiesen)

Antragsteller*innen Daniel Meile (KV Potsdam)

Titel

Ändern in:

Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen

Antragstext

In Zeile 2 einfügen:

Seit vor mehr als drei Wochen der Krieg in der Ukraine ausgebrochen ist, kommen täglich hunderte Menschen in unser Land. Es handelt sich fast ausschließlich um Frauen, Kinder und ältere Menschen. Sie und weitere vulnerablen Gruppen wie PoC, Queers oder Menschen mit einer Behinderung sind alle im Schockzustand und haben traumatische Erlebnisse in ihrem Land und auf der Flucht gehabt.

Begründung

Die Gruppe der vulnerablen Personen ist größer und vielfältiger. Diese Vielfalt sollte im Antrag berücksichtigt werden.

Unterstützer*innen

Stefan Schneider (KV Potsdam), Ken Gericke (KV Potsdam), Florian Winkler (KV Uckermark), Barbara Domke (KV Cottbus), Viviane Triems (KV Potsdam), Kathleen Mattke (KV Cottbus), Daniel Scholz (KV Cottbus)

Ä44 zu D1: Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen (in Absprache mit Antragsstellers an Parteirat verwiesen)

Antragsteller*innen Peter Staudt-Fischbach (KV Frankfurt-Oder)

Titel

Ändern in:

Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen

Antragstext

In Zeile 4:

In dem vorhandenen Gesundheitssystem gibt es bereits eine regelfinanzierte Versorgung mit Psychotherapeut:innen und psychiatrischen Behandlungsangeboten. Aber diese sind bereits dermaßen ausgelastet, dass es zu teilweise monatelangen ~~Terminvereinbarungen~~ Wartezeiten kommt und Therapieplätze ebenfalls auf sehr lange Zeit ausgebucht sind.

Begründung

Ich denke "Wartezeiten" drückt das gemeinte einfacher aus.

Unterstützer*innen

Daniel Scholz (KV Cottbus), Ken Gericke (KV Potsdam)

**Ä45 zu D1: Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches
Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen (in Absprache mit
Antragsstellers an Parteirat verwiesen)**

Antragsteller*innen Melanie Gierach (KV Oberspreewald-
Lausitz)

Redaktionelle Änderung

im Zitat aus dem Koalitionsvertrag ab Seite 2610 musst Du das "und" in ein ",um"
umwandeln.

Titel

Ändern in:

Regelfinanziertes psychosoziales und psychologisches Versorgungs- und
Unterstützungsangebot aufbauen

Unterstützer*innen

Daniel Scholz (KV Cottbus), Ken Gericke (KV Potsdam)

Ä51 zu D1: Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen (in Absprache mit Antragsstellers an Parteirat verwiesen)

Antragsteller*innen Ken Gericke (KV Potsdam)

Titel

Ändern in:

Regelfinanziertes Psychosoziales und Psychologisches Versorgungs- und Unterstützungsangebote aufbauen

Antragstext

In Zeile 5 einfügen:

Zusätzlich problematisch ist es, dass es in der jetzigen Regelversorgung keine Kostenübernahme für Sprachmittlung gibt. Es stellt Ärzt:innen und Psychotherapeut:innen vor eine große Herausforderung, mit Patient:innen zu arbeiten, wenn eine forensisch belastbare Kommunikation nicht möglich ist. Sie dürfen dann sogar eine Behandlung ablehnen.

Um die benannten Probleme perspektivisch auch langfristig abzumildern und allen Menschen die hierfür Bedarf haben, einen gerechten Zugang zu Therapieleistungen zu ermöglichen setzen wir uns konsequent ein für:

1. Eine Verbesserung der Ausbildung (z.B. Psychotherapie) u.a. durch Erhöhung der Lehrkapazitäten
2. Erarbeitung einer mittelfristig umsetzbaren (Landes-)Strategie, um qualifizierte / ausgebildete Personen im Bereich der Psychotherapie im Land Brandenburg zu halten
3. Etablierung einer Regelfinanzierung für Therapieleistungen für geflüchtete Menschen, um Anreize zu schaffen, dass entsprechende Angebote im Land durch qualifiziertes Personal bereit gestellt wird.
4. Prüfung inwiefern eine niedrigschwellige Sozial-Psychologische Gruppenbetreuung (Gruppentherapeutischer Ansatz) ggfs. auch kurzfristig einen Beitrag zu

Verbesserung des Therapieangebots leisten kann.

Ä5 zu V4: Dialog muß wieder Standard bei Planungsverfahren werden

Antragsteller*innen Ken Gericke

Antragstext

In Zeile 2:

~~Das~~Die Brandenburger Bündnisgrünen setzen sich dafür ein, dass
das Plansicherstellungsgesetz (PlanSiG) ~~se~~im Rahmen des laufenden
Evaluationsprozesses auf Bundesebene beteiligungsfreundlicher ausgestaltet
~~werden~~wird: Wenn auf Grund gegebener Bedingungen Anhörungen in öffentlichen
Versammlungen nicht möglich sind, sollen diese in der Regel in Form von
Videokonferenzen durchgeführt werden. Rein schriftliche Verfahren wie die sogenannten
„Online-Konsultationen“ können die dialogische Form der Anhörung in Präsenz bzw. als
Videokonferenz nicht gleichwertig ersetzen.

Begründung

Das PlanSiG* - Gesetz zur Sicherstellung ordnungsgemäßer Planungs- und
Genehmigungsverfahren während der COVID-19-Pandemie* - ist ein Bundesgesetz,
welches mit Zustimmung des Bundesrates beschlossen wurde.

Die Regelungen der §§ 1 bis 5 des PlanSiG, welche sich auf die gesetzlich
vorgeschriebenen Beteiligungsprozesse in verschiedenen Planungs- und
Zulassungsverfahren auswirken laufen zum 31. Dezember 2022 aus.

Momentan läuft auf Bundesebene ein Evaluationsprozess, um zu überprüfen, welche
Regelungen des PlanSiG in das Dauerrecht übernommen werden können. Nur in
diesen Evaluationsprozess können die Brandenburger Bündnisgrünen sich
einbringen. Abweichende Regelungen oder eine abweichende Handhabung der
bundesgesetzlichen Regelungen im Land Brandenburg sind nicht möglich und
würden im Zweifelsfall dazu führen, dass die betreffenden Verfahren gerichtlich
angreifbar werden.

Unterstützer*innen

Florian Winkler (KV Uckermark), Axel Vogel (KV Barnim), Till Ratzeburg (KV Havelland)

Ä47NEU zu V7: "Tag der Befreiung" als Mahnung – Der 8. Mai muss Feiertag werden!

Antragsteller*innen Landesvorstand (dort beschlossen am:
18.03.2022)

Antragstext

In Zeile 1:

~~BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg setzt sich für die Einführung des 8. Mai als jährlichen Feiertag zum "Tag der Befreiung" und eine entsprechende Änderung des Landesfeiertagsgesetzes ein. Dieser Feiertag soll der Erinnerung an die Opfer des NS-Regimes sowie der Mahnung zum stetigen antifaschistischen Handeln dienen, das nötig ist, um unsere Demokratie zu schützen. Außerdem unterstützt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Brandenburg die Forderung nach der Einführung eines bundeseinheitlichen, jährlichen Feiertages zum 8. Mai.~~

Titel: Feiertage in Brandenburg

Die LDK setzt zur Initiierung eines Diskussionsprozesses eine AG "Feiertage in Brandenburg" unter der Leitung von Petra Budke ein. In diesen Diskussionsprozess fließt der Vorschlag den 8. Mai als Feiertag einzuführen mit ein. Ebenso werden weitere Vorschläge mit aufgegriffen wie z.B. den Frauentag, Kindertag oder Tag des Grundgesetzes. Im Ergebnis des Prozesses soll Klarheit darüber bestehen, welche zusätzlichen Feiertage auf Landesebene oder Bundesebene sinnvoll erscheinen und empfohlen werden. Am Ende dieses Prozesses wird der LDK ein Vorschlag zur Abstimmung vorgelegt.